



Auftaktveranstaltung des EWSA zur Konferenz zur Zukunft Europas

Das europäische Projekt wieder bei den
Bürgerinnen und Bürgern verankern

Brüssel, den 10. Juni 2021

Bericht über die Veranstaltung



**Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss**



**Konferenz
zur Zukunft
Europas**

Inhalt

EINLEITUNG	1
ERÖFFNUNG	2
PODIUMSDISKUSSION 1 Gemeinsame Grundwerte für Europa und darüber hinaus.....	4
PODIUMSDISKUSSION 2 Nachhaltige wirtschaftliche Erholung, Kompetenzen und Innovation	6
PODIUMSDISKUSSION 3 Nachhaltiger sozialer Wiederaufbau, Schaffung von Arbeitsplätzen und gerechter Wandel	8
PODIUMSDISKUSSION 4 Nachhaltige, inklusive und partizipative Gesellschaften.....	10
SCHLUSSBEMERKUNGEN	12



EINLEITUNG

Die Veranstaltung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) „Das europäische Projekt wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern verankern“ fand zum Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas statt, die aufgrund der COVID-19-Pandemie später als ursprünglich geplant abgehalten wird.

Bei dieser Konferenz handelt es sich um eine einjährige öffentliche Konsultation, die auf einen Vorschlag der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen zurückgeht. Sie wird gemeinsam vom Europäischen Parlament, vom Europäischen Rat und von der Europäischen Kommission organisiert. Ziel ist es, den Standpunkt der Unionsbürgerinnen und -bürger zu den Prioritäten und Veränderungen einzuholen, die von der Europäischen Union (EU) in Schlüsselbereichen gesetzt bzw. vorgenommen werden sollen. Diese Beiträge sollen in die von der Konferenz zu formulierenden Empfehlungen einfließen, zu denen die drei EU-Organen entsprechende Folgemaßnahmen ergreifen werden.

Dem EWSA kommt in diesem Prozess eine zentrale Rolle zu. Er ist seit 1958 die Stimme der Zivilgesellschaft und verfügt über ein umfangreiches Netz von Mitgliedern. Er bietet Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Organisationen, die die Vielfalt der europäischen Gesellschaft widerspiegeln, ein Mitspracherecht bei der Beschlussfassung in der EU.



Die Veranstaltung vom 10. Juni markierte den Auftakt für ein ganzes Bündel an Maßnahmen, mit denen der EWSA sicherstellen will, dass sich seine Mitglieder und die von ihnen vertretenen Menschen umfassend in die erste direkte europaweite Konsultation der Bürgerinnen und Bürger zur EU-Politikgestaltung einbringen können.

An der vierstündigen Veranstaltung, die sowohl im Hauptsitzungssaal des EWSA in Brüssel als auch online stattfand, nahmen insgesamt fast 2 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Ecken Europas teil, um den 16 Rednerinnen und Rednern aus dem EWSA, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, der Wirtschaft, den Regierungen der Mitgliedstaaten, den Gewerkschaften und der Europäischen Bewegung sowie Fachleuten für Grundrechtsfragen zuzuhören.

Diese sprachen im Rahmen von vier Podiumsdiskussionen, in denen die gemeinsamen Grundwerte sowie mögliche Rahmenwerke für einen nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau nach der COVID-19-Pandemie und für resiliente Gesellschaften thematisiert wurden, über ihre Hoffnungen im Zusammenhang mit der Konferenz und in Bezug auf die Zukunft Europas.

EWSA-Präsidentin Christa Schweng betonte in ihrer Begrüßungsansprache, dass in Bezug auf den Wiederaufbau und vieles andere Grund zu Optimismus bestehe. Sie forderte die Entscheidungsträger auf, bei der Gestaltung der Zukunft der EU auf die organisierte Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger zu hören.

Denn die EU gehören den Menschen, so Schweng.

ERÖFFNUNG

Nach einer Einführung durch den Moderator Brian Maguire eröffneten Redner des EWSA, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments die Veranstaltung.



Christa Schweng begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen des EWSA. Sie lobte die Solidarität, die Stärke und die haushaltspolitische Reaktion der EU in der jüngsten Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Die Zivilgesellschaft könne dazu beitragen, ein Europa zu schaffen, das sowohl auf die bekannten als auch die noch unbekannteren Zukunftsherausforderungen besser vorbereitet sei.

Sie forderte ein europäisches Narrativ, bei dem nicht die Vergangenheit im Mittelpunkt stehe, sondern vor allem die Zukunft. In seiner jüngsten Entschließung zu dieser Frage entwerfe der

EWSA eine Vision der EU als Hüterin und Fördererin der gemeinsamen Grundwerte, des offenen Handels und des Multilateralismus sowie des nachhaltigen Wohlstands mit einem Sozialmodell auf der Grundlage von fairem Wettbewerb und Solidarität. „Davon wollen wir auch unsere Bürgerinnen und Bürger überzeugen“, betonte Schweng.

Vor diesem Hintergrund forderte Christa Schweng Offenheit und Rechenschaftspflicht bei den Folgemaßnahmen zur Konferenz und schlug vor, einen Online-Anzeiger einzurichten, über den die Bürgerinnen und Bürger die diesbezüglichen Fortschritte mitverfolgen können. Dem EWSA komme eine entscheidende Rolle dabei zu, Empfehlungen auszusprechen und die Institutionen und politischen Maßnahmen der EU wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verankern. „Wir sind stark und werden ab heute unseren Beitrag leisten“, erklärte sie abschließend.

Anschließend ergriff **Dubravka Šuica**, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Mitglied des Exekutivausschusses der Konferenz zur Zukunft Europas, das Wort. „Zum ersten Mal stehen dank dieser Konferenz die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der europäischen Politikgestaltung. Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Partner, um sicherzustellen, dass jede Stimme gehört wird“, so Šuica.



Sie wolle keine eigenen Vorschläge unterbreiten, denn den Ergebnissen der Debatten dürfe nicht vorgegriffen und diese dürften nicht beeinflusst werden. Sie sicherte zu, die Beiträge aus diesem Prozess, von dem sie überzeugt sei, dass er die Entwicklung der Demokratie in der EU stärken werde, aufzugreifen. „Wir sollten auf die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft vertrauen, einen konkreten Beitrag zu leisten und uns substantielle Antworten zu liefern.“

Sie hob die gemeinsamen Werte des EWSA und der EU-Organe – Solidarität zwischen den Generationen, Gleichstellung der Geschlechter und ein gerechter, ökologischer und digitaler Wandel – sowie ihr gemeinsames Bestreben, die Beziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen, die ihnen dienen, zu stärken. „Der EWSA ist ein wichtiger Partner und ein entscheidender Faktor für den Erfolg dieses Prozesses. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit“, schloss Šuica.

Die abschließende Eröffnungsrede hielt **Eva Maydell**, MdEP und Präsidentin der Europäischen Bewegung International. „Nun ist es an der Zeit, konkret zu werden, ins Detail zu gehen und vor allem voranzukommen“, so Maydell. Sie forderte eine „mutigere Vision“ für Europa: „Wir brauchen einen Plan zur Vertiefung der europäischen Integration in bestimmten Bereichen, der dafür sorgt, dass wir besser vorbereitet, resilient, sicherer und wohlhabender sind.“

Ein wichtige Frage sei, ob es gelinge, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und der Organisationen zu stärken. Die Medien in den Mitgliedstaaten könnten dazu beitragen, den bisher geringen Bekanntheitsgrad der Konferenz unter den Bürgerinnen und Bürgern anzuheben.

Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Bewegung International und dem EWSA sei zu begrüßen. „Wir sind wie keine andere Organisation dazu in der Lage, die Menschen zu erreichen“, betonte Maydell. „Durch Zusammenarbeit könne sichergestellt werden, dass die Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa wirklich aktiv und sinnvoll in die Konferenz eingebunden werden.“



PODIUMSDISKUSSION 1

Gemeinsame Grundwerte für Europa und darüber hinaus

Zu Beginn der ersten Podiumsdiskussion wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen einer Slido-Umfrage gefragt, welche Grundwerte die Unionsbürgerinnen und -bürger einen. Am häufigsten wurden die Begriffe „Gleichheit“, „Demokratie“, „Solidarität“ und „Freiheit“ genannt.

Dies spiegelte sich auch im Impulsreferat von **Dr. Manfred Nowak**, Professor für internationale Menschenrechte und wissenschaftlicher Leiter des postgradualen Studiengangs „The Vienna Master of Applied Human Rights“ wider. Die EU gründe sich auf die Werte Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Sie sei eine werteorientierte supranationale Organisation, die darauf abziele, die Grundrechte in ihren Mitgliedstaaten sowie die Menschenrechte und die Demokratie weltweit zu fördern, so Nowak.



Diese Werte würden auch von den Unionsbürgerinnen und -bürgern geteilt. Angesichts der Herausforderungen, vor denen Europa stehe, wie Terrorismus, Klimakrisen und rasche Digitalisierung, müssten die Bürgerinnen

und Bürger jedoch spüren, dass die EU „diese Grundwerte aktiv lebt und fördert“. Für Frieden könne nur dann dauerhaft gesorgt werden, wenn die Unionsbürgerinnen und -bürger das Gefühl hätten, dass es soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt gebe, und wenn sie ein grundlegendes Vertrauen in die EU hätten, dass diese in der Lage und willens ist, die enormen globalen Bedrohungen und Herausforderungen offen, transparent und unbürokratisch zu lösen.

Morten Kjærur, Direktor des Raoul-Wallenberg-Instituts für Menschenrechte und humanitäres Recht, knüpfte an diese Ausführungen an. Der Rechtsrahmen der EU schaffe die Grundlage für eine tiefe Achtung der Meinungs- und Medienfreiheit. Europa habe Lehren aus der Vergangenheit gezogen und die Institutionen in einen Menschenrechtsrahmen eingebettet. Diese Errungenschaft Europas müsse stärker anerkannt und geschützt werden.

Morten Kjærur äußerte sich besorgt über die Probleme im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, die wachsende Ungleichheit und die Klimakrise. „Indem wir diese Themen in das Narrativ



einbeziehen, können wir die Europäerinnen und Europäer und insbesondere junge Menschen wieder dazu bringen, sich für das gemeinsame Projekt zu engagieren“, so Kjærum.

Die Städte verfügten über „die Macht und die Möglichkeit“, eine gemeinsame Vision Europas zu fördern, indem sie Verbindungen zwischen den lokalen Gemeinschaften, den staatlichen Einrichtungen und städteübergreifenden Netzen schaffen. Zudem lobte er die Arbeit der EU-Grundrechteagentur in diesem Bereich.

Abschließend ergriff **Helena De Felipe Lehtonen**, stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit des EWSA, das Wort. „Wir wollen eine Kultur der Grundrechte auf europäischer Ebene verankern, insbesondere in Bezug auf die europäischen Werte“, so De Felipe Lehtonen.

Sie forderte die Zivilgesellschaft auf, mit vereinten Kräften gegen den Rückschritt bei den Grundrechten in einigen Mitgliedstaaten vorzugehen. Es sei notwendig, mehr Informationen und Bildungsangebote bereitzustellen sowie die Unabhängigkeit der Justiz, die Pressefreiheit und die sozioökonomische Dimension zu stärken und so das Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu wecken.



Durch die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Zivilgesellschaft könne eine echte Grundrechtskultur etabliert werden: „Wir müssen die Zusammenarbeit mit unseren Partnern auf der nationalen Ebene und aus der Zivilgesellschaft auf der EU-Ebene fortsetzen und sicherstellen, dass unsere engen Beziehungen auch künftig fortbestehen“.

Es folgten Fragen aus dem Publikum. Im Mittelpunkt standen dabei die Aushöhlung der Gewaltentrennung, die Frage, ob Finanzmittel zum Schutz der Freiheiten mobilisiert werden sollten, sowie die Herausforderungen für Demokratie und Rechte in Drittstaaten. Nach Ansicht von Morten Kjaerum müsse die EU stärker gegen Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit vorgehen, um das Vertrauen der Menschen in die EU nicht aufs Spiel zu setzen. Dr. Nowak wies darauf hin, dass die Verknüpfung von Fördermitteln und Rechtsstaatlichkeit ein möglicher Ausweg dafür sei, dass voraussichtlich kein einstimmiger Beschluss über die Verhängung formellerer Sanktionen im Rahmen des EU-Vertrags zustandekomme. Abschließend plädierte Morten Kjaerum für ein konsequentes Vorgehen im Bereich der Menschenrechte und für eine intensivere Zusammenarbeit mit Einrichtungen wie der Afrikanischen Union.

PODIUMSDISKUSSION 2

Nachhaltige wirtschaftliche Erholung, Kompetenzen und Innovation

Zu Beginn der zweiten Podiumsdiskussion wurde in einer Slido-Umfrage mit Mehrfachantwortmöglichkeiten nach den Schlüsselementen für eine gesunde Wirtschaft gefragt. Das Thema „Investitionen in zukunftstaugliche Kompetenzen“ wurde von 55 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer genannt und in der Folge auch von allen Rednerinnen und Rednern angesprochen.

Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber, eröffnete die Podiumsdiskussion. Eingangs skizzierte er seine Vision für Europa: „Für mich und die Gruppe Arbeitgeber ist dies ein prosperierendes Europa, dem es gelingt, sich von der COVID-19-Krise zu erholen, und das weltweit eine Vorreiterrolle beim grünen und beim digitalen Wandel übernimmt“.

Unternehmen aller Größen müssten die Chance haben, produktiver und wettbewerbsfähiger zu werden sowie Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen, und allen Europäerinnen und Europäern müsse eine gute Lebensqualität geboten werden.

Öffentliche Stellen und Unternehmen müssten in (insbesondere digitale) Kompetenzen, MINTFächer, Querschnittskompetenzen und

lebenslanges Lernen investieren. Außerdem müssten die Verbindungen zwischen Unternehmen und Bildungsanbietern gestärkt und die EU-Mittel in vollem Umfang ausgeschöpft werden. Der Binnenmarkt, „eine unserer größten Errungenschaften“, müsse vollendet werden.

Die Konferenz sei eine einmalige Gelegenheit, sich an einer konstruktiven Debatte zu beteiligen, so Mallia.

Anschließend ergriff **Ivonne Bollow**, Global Director Corporate Public Policy beim Großhandelskonzern Metro AG, das Wort. KMU machten 99 % aller Unternehmen sowie ein Drittel der Erwerbsbevölkerung in der EU aus: „Europa den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen, bedeutet also, es den KMU näherzubringen“, so Bollow.

Investitionen in Digitalisierung und Innovation seien ein sehr wichtiger Faktor. Außerdem müssten die Nachhaltigkeitsstrategien für die gesamte Wirtschaft funktionieren und KMU dabei unterstützt werden, ihre betrieblichen Prozesse schneller anzupassen.



PODIUMSDISKUSSION 3

Nachhaltiger sozialer Wiederaufbau, Schaffung von Arbeitsplätzen und gerechter Wandel

Zu Beginn der nächsten Podiumsdiskussion wurden die Teilnehmer aufgefordert, in einer Slido-Umfrage anzugeben, welche Prioritäten die EU im Bereich des sozialen Wiederaufbaus setzen sollte. Die meisten Nennungen entfielen auf die Gewährleistung eines fairen und gerechten ökologischen und digitalen Wandels, gefolgt von der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte.

Oliver Röpke, Vorsitzender der Gruppe Arbeitnehmer, begrüßte die Konferenz zur Zukunft Europas als ein sehr gutes Beispiel für die Einbeziehung aller Interessenträger, einschließlich des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, in die politischen Prioritäten und Strategien. Die Sozialpartner und Gewerkschaften zählten zu den

wichtigsten Interessenträgern, da sie Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Europa vertreten. Es gelte, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Rechte und die Stimme der Arbeitnehmer zu stärken und bei den sozialen Grundrechten ein ebenso hohes Schutzniveau wie bei den Marktfreiheiten sicherzustellen.

„Wir müssen den Unionsbürgerinnen und -bürgern, den Arbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern und den Unternehmen vor Augen führen, dass ein faireres und inklusiveres

Europa möglich ist“, so Röpke. Er und die Gruppe Arbeitnehmer des EWSA seien davon überzeugt, dass nachhaltige öffentliche Investitionen in die grüne und die digitale Wirtschaft gefördert werden müssten, aber auch jene in den sozialen Wiederaufbau, der Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau gehen müsse.

Ana Mendes Godinho, portugiesische Ministerin für Beschäftigung, Solidarität und soziale Sicherheit, wies in ihrem Impulsreferat darauf hin, dass die drei EU-Organe zum ersten Mal mit den nationalen Parlamenten, den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft an einem echten gemeinsamen Projekt zusammenarbeiteten.

„Die EU ist eine Wertegemeinschaft mit einem weltweit einzigartigen Sozialmodell. Schutz und Chancengleichheit für alle sind unsere Triebkraft“, so Mendes Godinho.



Europa könne jedoch vieles noch besser machen. Der portugiesische Ratsvorsitz wolle die Konferenz zu einer inklusiven Plattform für eine umfassende Debatte machen, in der nicht nur Vertreter aus Brüssel und den Hauptstädte der Mitgliedstaaten zu Worte kämen. Vielmehr würden auch die Unionsbürgerinnen und -bürger aktiv in den Nachdenkprozess eingebunden.

Konkret forderte sie, den Schwerpunkt auf strukturelle Investitionen, resilientere Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte, den sozialen Dialog, Innovation sowie die Modernisierung von Unternehmen und Ausbildung zu legen und auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu berücksichtigen. Der Sozialgipfel von Porto sei ein Erfolg gewesen. Besonders wichtig sei die dort eingegangene Verpflichtung zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Dies zeige, wie stark die Zivilgesellschaft sei, wenn sie zusammenarbeite. „Der soziale Dialog ist von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung des sozialen Friedens. Lasst uns diese Aufgabe gemeinsam anpacken“, so Mendes Godinho abschließend.

Als letzter Redner ergriff **Luca Visentini**, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), das Wort. „Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern, der organisierten Zivilgesellschaft, den Interessenträgern sowie allen anderen Menschen zuhören, die sagen wollen, welches Europa sie sich für die Zukunft wünschen. Und wir müssen dafür sorgen, dass sie wirklich teilhaben können, dass es Kanäle für konkrete, demokratische Teilhabe gibt“, so Visentini.



Zudem müsse das europäische Wirtschaftsmodell neu gedacht und sichergestellt werden, dass es tatsächlich nachhaltig und inklusiv sei. Er fordere gute Arbeitsplätze, einen starken Sozialschutz sowie Inklusion.

Europa müsse sein Sozialmodell wiederaufbauen, das einmal als Maßstab und Beispiel für die Welt gegolten habe. Außerdem müssten Gleichheit und soziale Gerechtigkeit gefördert, die Rechtsstaatlichkeit müsse verteidigt und den gewählten Institutionen wie dem Europäischen Parlament müsse mehr Macht und Sichtbarkeit verliehen werden.

„Wenn wir alle an einem Strang ziehen, zusammenarbeiten und den sozialen, wirtschaftlichen und institutionellen Dialog fördern, können wir es schaffen. Davon bin ich überzeugt“, betonte Visentini abschließend.

PODIUMSDISKUSSION 4

Nachhaltige, inklusive und partizipative Gesellschaften

Als Einleitung zur letzten Podiumsdiskussion hielt **Dr. Seán Healy**, Geschäftsführer von Social Justice Ireland, ein Impulsreferat.

Er dankte den Organisatoren dafür, dass sie die Konferenz vorantrieben: „Europa hat sie wirklich dringend nötig“, so Healy. Unter anderem wies er darauf hin, dass es in der EU immer noch 18 Millionen Menschen gebe, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht seien.

Er forderte einen „neuen Sozialvertrag“ mit „starken, ehrgeizigen Zielen“. Viele Menschen in Europa hätten zudem das Gefühl, dass ihr Standpunkt bei der Politikgestaltung nicht berücksichtigt werde, aber „Zwei-Klassen-Gesellschaften“ seien „sowohl schlecht für die Wirtschaft als auch für die Bürgerinnen und Bürger“.

Es bedürfe eines sozialen Dialogs zu allen für die Zukunft des Kontinents wichtigen Themen. In diesen sozialen Dialog sollte die Zivilgesellschaft gleichberechtigt mit Arbeitgebern und Gewerkschaften einbezogen werden.

Er sprach sich für einen Sozialvertrag aus, der sowohl auf die Schaffung einer dynamischen Wirtschaft ausgerichtet sein müsse als auch auf die

Bereitstellung angemessener Dienstleistungen und Infrastrukturen, die Gewährleistung einer gerechten Besteuerung und einer verantwortungsvollen Staatsführung sowie von Nachhaltigkeit. Werde nicht all diesen Aspekten gleichzeitig Rechnung getragen, werde es wieder nicht gelingen, ein Europa zu schaffen, in dem niemand zurückgelassen werde, betonte Healy.

Der nächste Redner, **Séamus Boland**, Vorsitzender der Gruppe Vielfalt Europa, forderte eine stärkere Fokussierung auf Fragen der Nachhaltigkeit: „Nachhaltigkeit steht für die Gruppe Vielfalt Europa im Mittelpunkt. Wenn wir die Zivilgesellschaft nicht in die Debatte über den sozialen Dialog einbeziehen, schließen wir Millionen von Menschen und Gruppen von der Teilnahme an der Konferenz zur Zukunft Europas aus“.



Im Rahmen der Konferenz müssten die politischen Entscheidungsträger Konzepte für den Aufbau gleichberechtigter, resilienter und nachhaltiger Gemeinschaften und Gesellschaften entwickeln. „Dazu sind Bottom-up-Initiativen erforderlich, und es müssen neue Definitionen von Wohlergehen und Entwicklung über das BIP hinaus gefunden werden“, so Boland.

An die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewandt sagte er: „Sie sind hier, weil Sie Ihr Mitspracherecht sicherstellen und gewährleisten wollen, dass Ihre Stimme Gehör findet, damit die Gesellschaft die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt. Lassen Sie uns hoffen, dass die Beratungen auf der Konferenz und viele weitere mehr zur Entstehung einer ganz anderen, gerechten und inklusiven Gesellschaft führen.“

Brikena Xhomaqi, Ko-Vorsitzende der Kontaktgruppe und Direktorin der Plattform für lebenslanges Lernen, wies darauf hin, dass sich die Welt und somit auch die Politik im Wandel befinde: „Wir müssen zu einem Bottom-up-Prozess übergehen, bei dem wir die politischen Maßnahmen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern konzipieren und entwickeln. Wir müssen mehr Raum für die Zusammenarbeit, den Austausch bewährter Vorgehensweisen und für gegenseitiges Lernen schaffen.“

Ihr Bewusstsein für die Bedeutung Europas verdanke sie der Zivilgesellschaft: „Durch mein Engagement in europäischen Netzwerken habe ich enorm viel über die EU gelernt und verstanden, wie sie funktioniert. Dadurch bin ich in der Lage, selbst Einfluss zu nehmen.“



Die EU-Organe müssten die Zivilgesellschaft stärker konsultieren, aber diese müsse auch einen Beitrag zur Konsensbildung auf allen Ebenen in den Mitgliedstaaten leisten und ihrer Stimme in der Debatte über die Europapolitik und die Rechtsetzung Gehör verschaffen, so Xhomaqi.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Cillian Lohan, Vizepräsident des EWSA, dankte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern: „In Bezug auf einige der umfassenderen Ziele sind wir uns bestimmt alle einig. Der wirkliche Nutzen der Konferenz zur Zukunft Europas besteht darin, dass wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den Weg zur Verwirklichung dieser Ziele vorzeichnen können“.

Der EWSA werde in Kürze eine Reihe von Debatten mit EWSA-Mitgliedern und seinen Partnern aus der Zivilgesellschaft lancieren. Diese würden in ganz Europa stattfinden, um von überall Ideen, Gedanken und Vorschläge zusammenzutragen, so Lohan.



Die abschließenden Worte kamen von EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**: „Wir haben heute den Auftakt dafür gegeben, die Standpunkte der Unionsbürgerinnen und -bürger und der organisierten Zivilgesellschaft mit dem Ziel einzuholen, für ein stärkeres und resilienteres Europa zu arbeiten. Wir wissen Ihre Beiträge und die an diesem Nachmittag aufgebraachten Vorschläge sehr zu schätzen“.

Nun müsse aber über Brüssel hinausgegangen werden: „Wir müssen jede Ecke der EU erreichen und von dort die Ideen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft Europas zusammentragen. In einem zweiten Schritt müssen wir das europäische Projekt wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern verankern und Europa entsprechend der Bedürfnisse, Vorstellungen und Wünsche der Menschen gestalten“.



Der EWSA werde alles daran setzen, dass diesen Beiträgen tatsächlich Rechnung getragen werde: „Ich bin zuversichtlich, dass wir die Chance nutzen werden, das Projekt Europa wieder bei seinen Bürgerinnen und Bürgern zu verankern. Lassen Sie uns Europa zu einem wirklich großartigen und prosperierenden Ort machen“, so Schweng abschließend.





Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2021-42-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2021

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Für die Verwendung oder Reproduktion der Fotos / Abbildungen muss die Genehmigung
direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden:

Titelseite: Oliver Rossi, Getty images



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union



Print

QE-02-21-917-DE-C
ISBN 978-92-830-5370-5
doi:10.2864/004976

Online

QE-02-21-917-DE-N
ISBN 978-92-830-5374-3
doi:10.2864/72524

DE